

TRANSPARENT

Informationen der SP Stadt Solothurn – Nr. 1 – Januar 2021

Editorial

Vollgas!

Liebe Genoss*innen

Das Jahr 2020 liegt hinter uns. Viel ist in diesem Jahr geschehen. Doch die Zeit hält nicht an und wir müssen uns auf die nächsten Veränderungen gefasst machen. Als erstes stehen einmal städtische Abstimmungen an. Hier werden wir über fünf Themen abstimmen können, welche die Stadt betreffen. Darüber werden wir jedoch schon vor unserer nächsten Parteiversammlung abstimmen. Als Nächstes stehen die Wahlen auf kantonaler Ebene an. Hier bin ich stolz, dass die SP Stadt Solothurn 9 Kandidat*innen in den Wahlkampf schicken kann und mindestens 9 davon sind valable und motivierte Kandidat*innen.

Danach geht es Schlag auf Schlag in den Gemeinderatswahlkampf. Hier suchen wir noch die letzten Kandidat*innen (last but not least), feilen an der Website und am Wahlmaterial, schreiben am Wahlprogramm und gleisen Aktionen auf. Am 03. Februar werden wir euch einen ersten Entwurf des Wahlprogramms und einen Entwurf des Wahlprogramms zur Diskussion und zur Verabschiedung unterbreiten.

Nach dem 25. April, den Gemeinderatswahlen, ist es noch lange nicht vorbei! Danach gehen wir voller Energie in den Stadtpräsidiumwahlkampf! Am 13. Juni 2021 wollen wir eine linke Stadtpräsidentin, wir wollen Stefanie Ingold als Stadtpräsidentin!

Schaut doch auf der Website von Stefanie vorbei, hört unsere Podcasts und bei Fragen, unbedingt direkt bei Stefanie melden! Ausserdem, tretet dem Komitee bei, wenn ihr sie unterstützen wollt!

Es wird viel, es wird herausfordernd, aber ich bin überzeugt, dass wir das zusammen schaffen werden. Wir brauchen euch alle, eure Motivation und euer Engagement für ein linkeres, ökologisches und lebenswerteres Solothurn!

Viel Kraft und bleibt gesund

Herzlich

Pierric Gärtner



Fotografie: Gerd Müller

Parteiversammlungen wie wir sie kennen und missen, sollten in der aktuellen epidemiologischen Lage nicht durchgeführt werden. Wir möchten jedoch auf eine PV nicht verzichten und werden diese digital durchführen. Bei Fragen zur digitalen Parteiversammlung oder wenn ihr keine Mail hinterlegt habt und dennoch an der Versammlung teilnehmen wollt, könnt ihr euch an Pierric wenden.

(pierric.gaertner@spstadtso.ch oder 079 247 32 42)

Einladung zur digitalen Parteiversammlung

Mittwoch, 03. Februar 2021 - 19.30 Uhr
Einloggen per Link (ohne Download)

Der Vorstand schlägt folgende Traktanden vor:

- Begrüssung
- Protokoll der letzten Parteiversammlung
- Mutationen
- Rückblick aus dem Gemeinderat
- Rückblick aus dem Kantonsrat
- Aktuelle Herausforderungen der Sek I
- Diskussion und Verabschiedung des Wahlprogramms
- Vorstellen der Gemeinderatsliste und Antrag des Vorstands auf die Kumulierung von Stefanie Ingold
- Verschiedenes

Ein Link wird euch eine Woche im Voraus per Mail geschickt.

CORONA-NATIONAL

SP Schweiz und COVID-19

Liebe Genoss*innen

Das Wort «Solidarität» war 2020 in aller Munde. In Wahrheit ist die Schweizer Coronapolitik jedoch entlarvend unsolidarisch. Die Schweiz ist zum Corona-Hotspot geworden, weil der Profit über die Gesundheit gestellt wird. Erlaubt mir eine Zusammenfassung, die die Gemüter erhitzt. Erlaubt mir, euch für einen Moment wütend zu machen und euch gleichzeitig aufzufordern, die daraus resultierende Energie zusammen mit unseren roten Männern und Frauen in National-, Stände-, Kantons- und Gemeinderat für einen ungebremsten Kampf für echte Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit zu bündeln.

Herzlos: Im Pandemiejahr liessen die bürgerlichen Parteien die Menschen im Stich. Mit einem regelrechten Schmierentheater kämpften sie dafür, im Dezember uneingeschränkt Skifahren zu können. Per „Erklärung« inszenierten sie sich als Retter der Skigebiete und verboten dem Bundesrat, scharfe Schutzmassnahmen zu ergreifen, resp. den Skigebieten alles selber zu überlassen. Und das vor dem Hintergrund, dass Infektionen und Todesraten in der Schweiz auf einem Rekordhoch sind. So nimmt man in Kauf, dass Läden und Restaurants bis vielleicht in den Frühling hinein noch härtere Massnahmen ergreifen müssen.

Föderalismus ad absurdum! Scheinheilige Heiligenschein-Sessionswochen oder zusammenfassend: ich schäme und schäme mich heute noch fremd! Wie können sich die Bürgerlichen im Spiegel noch anschauen, geschweige denn sich zulächeln?

Verantwortungslos: Auch die Zugangsbeschränkung verhinderte das aktive weibeln der Wirtschafts- und Versicherungslobbyisten im Bundeshaus nicht. Während draussen das

Gesundheitspersonal, die KITAS und die Lehrerinnen, die kleinen Läden und die Kulturschaffenden, die Event- und auch die Reisebranche ums Überleben kämpfen, wurde unter der Bundeshauskuppel darüber diskutiert, dass Kurzarbeitsentschädigung von 100% für die ersten 4000 Franken ungerechtfertigt seien und höchstens für 3470 Franken gelten soll. In den Debatten wurden die Betriebe gegeneinander ausgespielt. Die kleinen Bars, Restaurants und die schönen Läden wurden zu den Bösen, Gastrosuisse und Economiesuisse zu den Guten. Dieses Lobbying, möglichst lange alles offen zu halten, obwohl das Gesundheitspersonal und die Spitäler längst am Anschlag sind, ist und bleibt unverantwortlich. Mit «kastrierten» Öffnungszeiten lässt man viele KMUs ins offene Messer laufen und das nur, um das Weihnachtsgeschäft der angeblich Grossen nicht zu verderben. Der Ständerat schiesst den Teil-Mieterlass für corona-geschädigte Betriebe endgültig ab. Sich monatelang mit dem Argument «Schutz der KMUs» gegen die KVI wehren und dann nicht auf die KMUs hören, wenn es ums Retten geht. Die Bürgerlichen haben in letzter Minute einen sorgfältig austarierten Kompromiss versenkt, der für zehntausende Betriebe existenziell gewesen wäre. Das bedeutet, dass die Immobilienbranche, welche den Mietenden jährlich mit ungerechtfertigt hohen Mieten 14 Milliarden zu viel aus den Taschen zieht, unversehrt durch die Corona-Krise kommt. Bei der Kinderbetreuung lehnten die Bürgerlichen unsere Anträge für genügend Geld achselzuckend ab, obwohl sie im Frühjahr genau diese Branche auch als systemrelevant einstuften. Dafür erhöht man die Direktzahlungen an die Landwirtschaft um 16,8 Millionen. Das ist mehr als der effektive Teuerungsausgleich. Dafür lockert man den Gewässerschutz: nur

bei «relevanten» Abbauprodukten soll man eine Zulassungsprüfung machen. Chloroethanolil beispielsweise wird so nicht bekämpft. Und als hätte man denen, die schon genug haben, nicht auch schon genug gegeben, tritt mit nur gerade einer Stimme mehr der Nationalrat auf die Vorlage zur Abschwächung der Stempelsteuer ein. Ein Steuerergeschenk für Banken und Versicherungen, das zu Einnahmefällen von mehr als 250 Millionen führen wird. Absolut unverantwortlich.

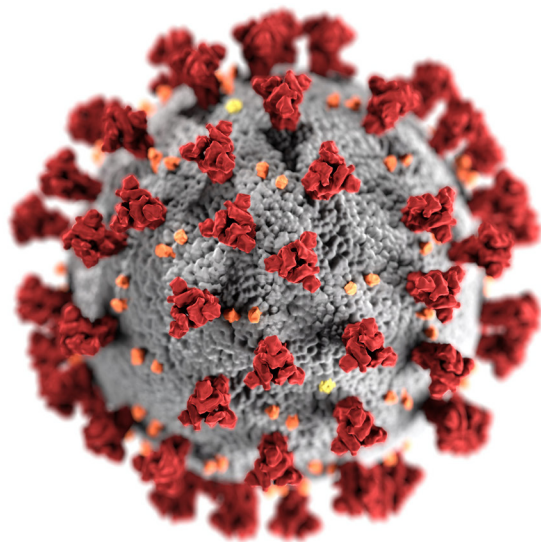
Tadellos: Als ich diese Zusammenfassung kürzlich am Familientisch vortrug, fragte man mich: „Rosso, wie hält man das aus?“ Liebe Genossin, lieber Genosse, das geht sehr wohl, weil man weiss, dass unsere Partei nicht aufgibt und nur dank der tadellosen Arbeit der SP noch unsolidarischeser Beschlüsse verhindert wurden. Darum hier eine nicht abschliessende Aufzählung des Guten in dieser Session und zum Schluss dann auch noch ein grosses Dankeschön für das Beste.

Diverse Forderungen der SP wurden gehört. Die zusätzlichen 1,5 Milliarden als à(-)fonds-perdu-Beiträge, der einfachere Zugang zu Entschädigungen, die Kompensationen für Kulturschaffende und die regionale Differenzierung, also das Ampelsystem, oder der eingangs erwähnte Kompromiss bei der Kurzarbeitsentschädigung, waren dringend nötig und entspringen aus der Feder der SP. Ich verspreche Dir, wir geben weiterhin alles. Wir geben alles, damit Menschenleben gerettet, Arbeitsplätze gesichert und Existenzen erhalten bleiben können. Das schaffen wir nur gemeinsam mit Dir. Denn das Beste für eine Politik, die dem Blick in den Spiegel standhält, das bist Du. Das ist Deine Unterstützung beim Gespräch in den Gassen der Stadt, das ist Deine Kritik per SMS, das ist Deine Idee für einen gezielten Vorstoss per Mail, das ist Deine Bereitschaft hinzustehen und Farbe zu bekennen. Danke, liebe Genossin, lieber Genosse. Ich wünsche Dir ein gesundes und uns allen ein Rotes 2021.

Herzlich Franziska Roth

CORONA-KANTONAL

Corona-Pandemie - die SP kämpft im KR



Mein Einstieg in das Kantonsparlament ist geprägt durch die Corona Pandemie. Den Platz im Kantonsratssaal kenne ich ironischerweise nur aus den Gemeinderatssitzungen. Denn der Gemeinderat tagt ausschliesslich im Kantonsratssaal, aber der Kantonsrat trifft sich ausserhalb an verschiedenen Standorten.

Auch inhaltlich ist die Pandemie prägend. Bereits in meiner zweiten Session konnte ich einen dringlichen Auftrag zu diesem Thema einreichen, später mehr dazu. Was mich sehr erstaunt, ist die Tatsache, dass die politische Prägung im Umgang mit dem Virus offenbar zu unterschiedlichen Sichtweisen führt. Die Bürgerlichen gewichten die wirtschaftlichen Interessen höher als die Gesundheit der Bevölkerung, dabei kommt es teilweise zu zynischen Aussagen und Forderungen. An dieser Stelle möchte ich unserer Regierungsrätin, Susanne Schaffner, ganz herzlich danken. Mit grosser Sorgfalt und Umsicht trifft Susanne sehr ausgewogene Entscheide. Sie trägt in ihrer Funktion eine unglaublich grosse Verantwortung und meistert diese Aufgabe hervorragend.

Die Fraktion SP / junge SP erweist sich im Kantonsrat als die Partei, die

mit konkreten Massnahmen und Forderung einen wesentlichen Bestandteil zur Linderung der Pandemie beiträgt. So wurden in der Novembersession gleich drei von vier dringlichen Vorstössen aus unseren Reihen eingereicht. Nachfolgend gehe ich detailliert auf die Vorstösse ein.

Dringlicher Auftrag Markus Baumann (SP, Derendingen): Unterstützung für Arbeitnehmende in Not, die aufgrund der Corona-Pandemie in Armut geraten

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, Unterstützungsmassnahmen für Arbeitnehmende bereitzustellen, die wegen der Corona-Pandemie in Not geraten.

2. Begründung (Vorstosstext)

Viele Arbeitnehmende, die infolge der Corona-Krise Erwerbsausfall haben, erleiden jetzt Not. Dies, weil sie von Kurzarbeit betroffen sind, in mehreren Kleinstpensen (z.B. Reinigung, Betreuung etc.) arbeiten, die jetzt wegbrechen, keine, verzögerte oder reduzierte Leistungen erhalten oder ihre Stelle verlieren. In der Aus-

gabe der Solothurner Zeitung vom 20.10.2020 wird darüber berichtet, dass immer mehr Menschen in unserem Kanton auf die Unterstützung von Gratis-Lebensmittelabgaben angewiesen sind. Cornelia Sommer vom katholischen Sozialdienst Olten bestätigt darin: «Das sind Familien, die sich mit Einkommen um 3500 Franken knapp über Wasser hielten und durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in Not gerieten. Diese Personen reichen sich nun mit Bezüchern von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und IV wöchentlich vor den Abgabestellen für Nahrungsmittel auf – sofern es ihnen gelingt, einen Bezugschein für die begehrte Dienstleistung zu ergattern.».

Bereits im März dieses Jahres haben der Gewerkschaftsbund und die SP des Kantons Solothurn die Regierung auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. In einer Petition, die von über 400 Personen unterzeichnet wurde, forderten sie vom Regierungsrat eine Soforthilfe für die Betroffenen. An der Sitzung des Regierungsrates vom 19. Mai 2020 hat dieser beschlossen, dass er auf die Einführung einer zusätzlichen Massnahme verzichte. Dabei hat er auf Instrumente wie Kurzarbeitsentschädigung und schliesslich auf die Sozialhilfe verwiesen, welche aus seiner Sicht ein Existenzminimum sicherstelle. Dem Bericht in der Solothurner Zeitung ist zu entnehmen, dass mit den sogenannten «Working Poor» eine neue «Kategorie» von Leuten zur Lebensmittelabgabe gekommen ist. Die Gutscheine für den Bezug von Gratis-Lebensmitteln sind jedoch beschränkt, und vermögen den erhöhten Bedarf nicht mehr zu decken. Zudem seien die Zuwendungen der Lebensmittelindustrie rückläufig, was die Situation weiter verschärft. Es kann und darf nicht sein, dass Menschen, die durch diese Corona-Pandemie Einkommenseinbussen erleiden müssen, nun zu Bittstellern bei sozialen Organisationen werden. Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert, umgehend zu handeln.

Der Kantonsrat hat am 4. November 2020 die Dringlichkeit beschlossen und danach der Erheblichkeit zugestimmt.

Dringlicher Auftrag fraktionsübergreifend: COVID-19-bedingte Stellvertretungskosten in der Volksschule sicherstellen (Erstunterzeichner Mathias Stricker, SP Bettlach)

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, ausserordentliche, COVID-19-bedingte Stellvertretungskosten für Volksschullehrpersonen als sogenannte Wertentschädigung zu subventionieren.

2. Begründung

Es ist davon auszugehen, dass es in den nächsten Wochen und Monaten aufgrund der COVID-19-Pandemie vermehrt zu Personalausfällen in der Volksschule kommen wird. Es ist mit einer Häufung der Ausfälle zu rechnen, da mit der ebenfalls anstehenden Grippesaison Lehrpersonen mit Symptomen schneller ausfallen als in einer normalen Grippesaison. Diese zusätzlichen Ausfälle können nicht durch das bestehende Personal aufgefangen werden. Um sicherzustellen, dass Ausfälle sofort durch Vertretungen besetzt werden können, muss auch die Finanzierung abgesichert sein. Damit kann eine kurzfristige, rasche Stellenbesetzung besser organisiert und der Schulbetrieb in allen Schulträgern aufrechterhalten werden.

Das Schülerpauschalmodell orientiert sich an objektivierbaren Kostenfaktoren. Die vom Kanton entrichteten Schülerpauschalen beinhalten Normkostenanteile pro Schul- und Klassenstufe (Grundpauschale; bei allen Schulträgern gleiche Grundlast) sowie Kosten für die über die Grundausstattung zusätzlich zu erteilenden Lektionen (lektionenbasierte Abgeltung für überdurchschnittliche Belastungen bei betroffenen Schulträgern, sog. Wertentschädigungen). In der Grundpauschale sind die Abgeltung der Stellvertretungskosten (bspw. bei Krankheit, Militär- oder Zivildienst) kalkulatorisch global berücksichtigt und werden deshalb nicht separat abgerechnet und einzeln entschädigt. Das System ist so ausgestaltet, dass die Kantonsbeiträge allfälligen Veränderungen bei den Normkostenanteilen dynamisch folgen.

Die besondere COVID-19-Lage

löst temporär zusätzliche Personalkosten auf Gemeindeebene aus. Während beim zusätzlichen Hilfspersonal (PEP: Pädagogisches Hilfspersonal) eine Mitfinanzierung durch den Kanton über das ordentliche System möglich ist, sind die zusätzlichen Stellvertretungskosten (als Folge von Isolations- oder Quarantänemassnahmen) systembedingt ausgeschlossen.

Der Kanton soll sich deshalb in Notsituationen mit ausserordentlichen Stellvertretungskosten bei der Entrichtung der Staatsbeiträge analog der Lektionenpauschalen gemäss Paragraf 47bis Absatz 3 des Volksschulgesetzes beteiligen und so die Gemeinden unterstützen können.

Zur Dringlichkeit. Das ordentliche Verfahren erfordert einen Gesetzgebungsprozess. Mit der Ergänzung der Notverordnung über Massnahmen des Kantons Solothurn zur Bekämpfung der COVID-19-Epidemie (V COVID-19) kann rasch Abhilfe geschaffen werden und der Gesetzgebungsprozess bei der Nachführung des Volksschulgesetzes ordentlich geregelt werden.

Der Kantonsrat hat die Dringlichkeit beschlossen und das Anliegen als erheblich erklärt.

Dringlicher Auftrag fraktionsübergreifend: Ausnahmeregelung für Corona – bedingte provisorische Nutzungskonzepte (Erstunterzeichner Matthias Anderegg, SP Solothurn)

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt, Ausnahmeregelungen zu verfügen, die es dem Gewerbe, insbesondere dem Gastrogewerbe, ermöglichen, in den Wintermonaten Provisorien zu errichten. Die Provisorien sollen maximal sechs Monate ohne ordentliche Baubewilligungen erstellt werden können, um geschützte Ersatzflächen oder Warteräume zu generieren. Diese Provisorien sollen bei Bedarf auch beheizt werden können.

2. Begründung

Die rasant steigenden Fallzahlen von COVID-19 machen dem Gewer-

be, insbesondere dem Gastrogewerbe, grösste Sorgen. Die Lage ist sehr ernst. Bei weiteren Umsatzeinbussen werden diverse Betriebe an ihre existenziellen Grenzen kommen, wenn sie diese nicht jetzt schon überschritten haben.

Die Schutzkonzepte reduzieren die Platzanzahl in den Innenräumen markant. Für Restaurants ist es existenziell, dass am Abend zwei Schichten angeboten werden können. Zwischen den Schichten fehlt es im Winter an zumutbarem „Warteraum“. Zudem können provisorische Bauten die reduzierten Flächen zum Teil kompensieren. Diese Bereiche müssen auch mit mobilen Heizgeräten ausgestattet werden können.

Da diese Massnahmen dringlich sind, soll der administrative Aufwand für die Bewilligungsfähigkeit so klein wie möglich gehalten werden. Die momentane Gesetzgebung lässt das jedoch nicht zu. Den kommunalen Behörden fehlt die Kompetenz, Ausnahmeregelungen zu verfügen, da die kantonale Gesetzgebung in den massgebenden Bereichen übergeordnet ist.

Zur Dringlichkeit: Die Ausnahmeregelungen müssen so rasch als möglich eingeführt werden, damit die Betriebe noch vor Jahresende Planungssicherheit erlangen, um die anstehenden Wintermonate zu überbrücken. Kommunalen Behörden soll damit auch signalisiert werden, dass dringender Handlungsbedarf besteht

Der Kantonsrat hat die Dringlichkeit beschlossen und den Vorstoss erheblich erklärt.

Solothurn im Dezember 2020

*Matthias Anderegg
Kantonsrat, Fraktionspräsident
SP Stadt Solothurn*



CORONA-KOMMUNAL

COVID-19 IN DER SCHULE

Liebe Genoss*innen

Corona bestimmt den Alltag von uns allen; meinen beruflichen Alltag als Schulleiterin bestimmt er voll und ganz. Es beginnt am Morgen früh, mit dem ersten Blick auf das Handy: meldet sich eine Lehrperson ab, weil sie Symptome verspürt? Normalerweise kommen Lehrpersonen mit leichtem Husten oder Halsschmerzen zum Unterricht; jetzt geht das nicht. Wir haben einen Piktettdienst eingerichtet, um solche Situationen aufzufangen. Auch ich als Schulleiterin übernehme Einsätze. Lehrkräfte, die ausfallen, sei es wegen einer Quarantänezeit oder Isolation, müssen vertreten werden. Natürlich führt das auch bei uns zu personellen Engpässen, die schwer zu kompensieren sind.

Schüler*innen die Symptome aufweisen, dürfen nicht zur Schule kommen. Es kommt vor, dass wir sie nachhause schicken müssen. Schüler*innen, die in Quarantäne sind, arbeiten von zuhause aus, was natürlich den Unterricht vor Ort nicht ersetzt.

All dies braucht zusätzliche Organisation und führt zu einer Mehrbelastung. Es gibt Schüler*innen, welche durch Corona einschneidende Veränderungen erleben. Das beschäftigt mich am meisten.

Da sind Eltern in Kurzarbeit, welche empfindliche finanzielle Einbussen hinnehmen müssen. Plötzlich lässt sich die Miete nicht mehr bezahlen und die Familie findet keine, ihren neuen finanziellen Verhältnissen angepasste, andere Wohnung in Solothurn. Sie müssen wegziehen.

Eine Mutter, welche nach vier Arbeitsjahren in der Schweiz endlich ihre Kinder nachkommen lassen durfte, verlor wegen Corona ihre Arbeit. Findet sie keine neue Stelle, müssen die Kinder wieder ausreisen. Wir sind im täglichen Kontakt mit diesen Kindern und haben sie schätzen gelernt. Diese Ungewissheit auszuhalten macht uns ohnmächtig. Wir können nichts tun.

Gibt es dennoch die Möglichkeit et-

was zu tun, handeln wir. Ein Schüler ist durch eine Vorerkrankung hoch gefährdet. Eine Ansteckung könnte für ihn lebensgefährlich ausgehen. Wir fragten uns, was wir nach der Zeit des Fernunterrichts im Frühling, gegen seine Isolation tun könnten. Wir fanden eine Lösung. In Norwegen wurde ein Avatar entwickelt, welcher kranke Kinder in der Schule vertritt. Das Kind kann sich von zuhause aus, via Avatar, in den Unterricht schalten. Innerhalb von vier Tagen entschieden wir, diesen einzusetzen. Eine Entscheidung mit Kostenfolgen, die sich mehr als gelohnt hat; konnten wir doch auf diese Weise die Isolation des betroffenen Schülers etwas abschwächen.

Corona wird uns noch eine Weile beschäftigen, für viele wird es schwerwiegende Folgen haben. Unterstützen und helfen wir dort, wo wir die Möglichkeit haben.

Herzlichst Stefanie Ingold

Aktuell

DIE AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN DER SEK I

Wir setzen uns stets damit auseinander, was unsere Schüler*innen brauchen, um ihren Weg in die Berufswelt und in der Gesellschaft zu finden. Die Schule als einzigen Ort der Wissensvermittlung anzusehen, ist längst zu kurzgegriffen. Wie können die Schüler*innen am besten lernen, und welche Kompetenzen brauchen sie, um ihre Zukunft zu gestalten?

Im letzten Schuljahr habe ich eine Arbeitsgruppe „Innovation“ eingesetzt, welche sich mit diesen Fragen auseinandergesetzt und Umsetzungsvorschläge in das gesamte Team der Sek I eingebracht hat. Die einzelnen Unterrichtsteams sind nun daran, ihre gewählten Schwerpunkte umzusetzen.

Die Phase des Fernunterrichtes (e weg lassen) hat uns in einem Schwerpunkt der Innovation weitergebracht.

Wir haben festgestellt, dass ein grosser Teil der Schüler*innen gut selber bestimmen kann, wann sie was, wann und wo lernen möchten. Diese Erkenntnis setzen wir nun auch im Präsenzunterricht um. Schüler*innen können bei gutem Verlauf Arbeiten auch zuhause erledigen, so dass sie sich für ausgewiesene Lektionen nicht in der Schule aufhalten müssen. Natürlich ist diese Form des Lernens an verschiedene Bedingungen gekoppelt; erste Rückmeldungen von Eltern und Lernenden zeigen, dass wir diesen Weg weiterverfolgen können.

Die educreators foundation stellte mir drei Fragen im Zusammenhang mit Innovation und Zukunft der Schule. Die Antworten sind zu hören unter:

educreators foundation stefanie ingold - YouTube

Weiter beschäftigt uns die digitale Transformation in der Schule. Es reicht nicht, den Schüler*innen ein Tablet auszuhändigen und davon auszugehen, dass es damit getan ist. Es braucht Strategien für die digitale Weiterentwicklung unserer Schule, damit wir den technischen Fortschritt förderlich umsetzen können. Vieles konnten wir bereits erarbeiten. Wir sind ständig daran, nötige Anpassungen vorzunehmen. Nicht die Technologie bestimmt unseren Unterricht, sondern wir bestimmen, wie wir sie wirksam einsetzen.

Und schliesslich stehen wir vor der Frage, wie sich die Lehrstellensituation nach der Pandemie zeigen wird. Eine Kernaufgabe der Sek I ist der Berufswahlprozess. Für die 2. Sek Schüler*innen gestaltet sich das Finden von „Schnupperstellen“ zurzeit schwierig. Da ist Flexibilität gefragt und wir stellen die Schüler*innen für Berufswahlpraktika auch ungeplant frei.

Erfreulicherweise zeigen sich die Lern (Lehr)stellenzusagen der 3.Sek zum jetzigen Zeitpunkt auf dem gleichen Stand wie in den letzten Jahren.

Stefanie Ingold



Aufruf

Komitee beitreten

Komitee-Mitglieder gesucht!

Mit Stefanie Ingold haben wir eine starke Kandidatin für das Stadtpräsidium. Unterstütze sie mit einem Beitritt in ihr Komitee. Gemeinsam für eine lebenswerte, soziale, nachhaltige und offene Stadt.

Unterstütze sie hier: <https://www.stefanie-ingold.ch/komitee-beitritt>

Aufruf

Fachgruppe Amtei-/Kantonalpartei

Ausgangslage

Die Teilnahme aus unserer Sektion an kantonalen Partei- und Amteianlässen ist sehr gering. Ausserdem ist es sehr schwierig, Themen auf Amteiebene zu finden, da kein reger Austausch stattfindet.

Aus diesem Grund hat der Vorstand beschlossen, eine Fachgruppe Amtei-/Kantonalpartei zu gründen. Mitglieder aus der Sektion sind herzlich dazu eingeladen, mitzuwirken.

Ziel der Gruppe

Das Ziel soll darin bestehen, dass die Präsenz in den Gremien der Amtei und des Kantons erhöht werden soll. Ausserdem soll so die Vernetzung im Kanton gestärkt werden und sowohl Amtei und wie auch der Kanton soll unterstützt werden bei der Ämterbestetzung durch einen direkten und engen Kontakt zu unserer Sektion.

Aufgaben

Zu den Aufgaben der Mitglieder dieser Fachgruppe würde folgendes gehören: Ständige Teilnahme an kantonalen Veranstaltungen und an Amteianlässen. 2 mal jährlich wird ein Bericht aus der FG (Partei- und Generalversammlung) verlesen. In der FG wird ein reger Austausch über kantonale und Amteithemen stattfinden. Kontinuierliche Berichte an den Vorstand (insbesondere bei potentiellen Ämterbesetzungen).

Wenn Du dich hier angesprochen fühlst und gerne mitmachen würdest, melde dich bei annina.helmy@spstadtso.ch

AGENDA

Termine

Sonntag, 24. Januar 2021

Abstimmungen (statt Gemeindeversammlung)

Mittwoch, 03. Februar 2021

Parteiversammlung (online)

Dienstag, 23. Februar 2021

Gemeinderatssitzung

Sonntag, 07. März 2021

Kantons- und Regierungsratswahlen

Mittwoch, 10. März 2021

Parteiversammlung

Dienstag, 23. März 2021

Gemeinderatssitzung

Interessantes in der Stadt

Infotag EBA Solothurn

Donnerstag, 04. März 2021. Altes Spital.

Weitere Info Infos und Anmeldung: <https://altesspital.ch/soziales/infotag-eba/>

Frauentag

Sonntag, 07. März 2021, 12h - 21h. Restaurant Kreuz.

Geplant sind diverse Aktivitäten, wie Siebdrucken, Buttons machen, Zeitkapsel und noch mehr. Vorträge und ein Konzert mit Elena Gerster aus Solothurn. Disco. Factwall zum Gleichstellungsartikel. Zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar, ob der Aktionstag so durchgeführt werden kann. Informationen diesbezüglich gibt es auf www.fem-so.ch

56. Solothurner Filmtag

vom 20. bis 27. Januar 2021 als vielseitige Online-Ausgabe. Weitere Infos: <https://www.solothurnerfilmtag.ch/>

Kreative und spielerische Aktivitäten

ab Frühling 2021 auf dem alten Postplatz. Personen, die Ideen für nicht kommerzielle Aktionen realisieren wollen, melden sich beim Alten Spital, das die Koordination übernimmt.

Spazio Stammtisch Integration

immer am letzten Mittwoch vom Monat ab 17 Uhr, Altes Spital.

Termine 2021: Mittwoch, 27. Januar, 24. Februar, 31. März, 26. Mai, 30. Juni. Der Stammtisch dient auch einfach als Treffpunkt für Menschen, die sich engagieren und andere Menschen treffen wollen. Der Stammtisch steht allen offen - ohne Anmeldung einfach vorbeischaun. Weitere Infos: <https://altesspital.ch/soziales/integration/>

Café Du und ich

im Infocenter City West in Solothurn ein beliebter multikultureller Treffpunkt. Jeden Freitag, 14 bis 16 Uhr (ausser während der Schulferien)

Kirchen und Kapellen Solothurn

Themenführung für Einzelgäste, am 9.2.2021, 17:00 - 18:30 Uhr, Treffpunkt: St. Ursentreppe.

Sehenswert - die elf Kirchen und Kapellen in Solothurn. Anmeldung bei Region Solothurn Tourismus erforderlich, T. + 41 (0) 32 626 46 46 oder online unter www.solothurn-city.ch/einzelgaeste

«2000 Jahre Solothurn» die Stadtführung zum Jubiläum

je 16:00 - 17:30 Uhr am 25.2., 13.3., 27.4., 18.5. Weitere Infos: <http://www.2000-jahre-solothurn.ch/>

Kinderkleiderbörse Zuchwil

am 16./17. Kleider und Schuhe, (inkl. Spiel-, Sport- und Babyartikel). Weitere Infos: <http://kkb-zuchwil.ch/>

Altes Spital früher und neu eröffnete Spitalapotheke

Themenführung, am 24.3., 7:00 - 18:30 Uhr, Altes Spital, Solothurn.

Anmeldung und weitere Infos: <https://www.solothurn-city.ch>

Impressum «transparent»

Erscheint mindestens vierteljährlich als Mitgliederzeitung
Auflage: 240

Herausgeberin: SP Stadt Solothurn
Gestaltung, Redaktion: Felix Epper, Annina Helmy

Kontakt zur SP: info@spstadtso.ch

Online: www.spstadtso.ch

STANDPUNKT

Abstimmung vom 24. Januar 2021 zu Anpassungen an der Gemeindeordnung in der Stadt Solothurn

Am 24. Januar 2021 wird anstelle der abgesagten Gemeindeversammlung vom Dezember 2020 eine Urnenabstimmung stattfinden. Die Abstimmungsunterlagen wurden bereits zugestellt. Das wichtigste Traktandum bei dieser Abstimmung ist die Anpassung der Gemeindeordnung der Stadt Solothurn.

Zwei Jahre sind seit der denkwürdigen Abstimmung vom 10. Februar 2019 verstrichen, an der die Solothurner Stimmberechtigten das neue Modell der ausserordentlichen Gemeindeorganisation denkbar knapp verworfen haben – nur neun Stimmen fehlten den Befürwortern. Damit erhielt Solothurn nicht das für eine Hauptstadt sinnvolle Modell mit einem Parlament und einem Stadtrat. Vielmehr bleibt die Gemeindeversammlung bestehen. Der vermeintliche Reformstau führte dazu, dass eine Arbeitsgruppe des Gemeinderats sich daran machte, eine «kleine Reform» anzugehen. Das Vorgehen stützte sich auch auf eine erheblich erklärte Motion von Franz Meier, die eine Reform unter Beibehaltung der Gemeindeversammlung vorschlug. Man versucht mit Anpassungen am heutigen System, eine Verbesserung zu erzielen – aus Sicht der SP Fraktion ein misslungener Versuch.

Gemäss unserer Einschätzung bringt die Reform eine „Verschlimmbesserung“. Sie verkompliziert das heute bereits komplizierte und aus Sicht der Gewaltenteilung problematische System einer Exekutive, die ein Parlament imitieren soll und dabei beide Aufgaben nicht im nötigen Umfang wahrnehmen kann. Es gibt keinen Grund, am bewährten System grundsätzlich etwas zu ändern; eine punktuelle Reform reicht zur Umsetzung der Motion aus (Einführung einer Geschäftsordnung; Antragsrecht der Sachkommissionen).

Die zusätzlichen Kosten von mindestens 50'000 Franken jährlich könnten definitiv sinnvoller verwendet werden.

Das neue System wird für die Bevölkerung noch unverständlicher, intransparenter und unberechenbarer. Das gilt auch für Interessierte am Gemeinde-

ratsamt. Sie wissen zum Zeitpunkt der Wahl nicht, welche Aufgaben sie mit welchem Aufwand wahrnehmen müssen.

Insgesamt wird das System aufwändiger auch für das Stadtpräsidium, die Verwaltungsleitenden und die Administration (Sitzungsorganisation, Protokolle). Mit dem Mehraufwand für die Mitglieder des Gemeinderats ist es auch nicht mehr miliztauglich. Das Regierungshandeln wird unflexibler und die Geschäfte werden verzögert; die von der Mehrheit der Arbeitsgruppe prognostizierten zwei bis vier Wochen sind nicht realistisch.

Die Arbeit in Ausschüssen verstärkt den Effekt, dass der Gemeinderat heute schon wie ein Parlament funktioniert, die Exekutive wird in Richtung Parlament reformiert. Ein Parlament hat das Stimmvolk aber abgelehnt. Zudem werden die Rollenkonflikte noch grösser, einerseits weil der Gemeinderat keine parlamentarischen Kompetenzen hat, andererseits weil er als Exekutive nicht schnell, unkompliziert und unbürokratisch entscheiden kann.

Die Rolle der Mitglieder der Gemeinderatskommission als Vorsitzende der Ausschüsse und zugleich als Referierende in Gemeinderat und Gemeindeversammlung sind weder miliztauglich noch politisch attraktiv. Sie haben einen enormen Aufwand, ohne dafür angemessen entschädigt zu werden. Zudem müssen sie Geschäfte gegen aussen politisch vertreten, ohne Weisungskompetenz gegenüber der Verwaltung zu haben (den «Kopf für andere hinhalten»). Es werden sich keine oder zu wenig geeignete Personen für dieses Amt finden lassen und sie könnten es unter diesen Umständen kaum erfüllen. Darunter wird auch das politische Klima leiden.

Es ist zudem nicht demokratisch, denn die Gemeinderatskommission und nicht die Bevölkerung entscheidet, wer Vorlagen in der Öffentlichkeit vertreten soll.

Die Einteilung der Gemeinderatsmitglieder in «zwei Klassen» wird nicht gemildert, sondern eher verstärkt, weil neue «Klassen» von Gemeinderatsmitgliedern hinzukommen (Gemeinderatskommissionsmitglieder mit und ohne Ausschusspräsidien, Gemeinderatsmitglieder mit und ohne Einsitz in Ausschüssen).

Das heutige System bietet genug Möglichkeiten, sich stärker zu engagieren und sich näher mit den Geschäften zu befassen. Gemeinderatsmitglieder könnten schon heute verstärkt in den Kommissionen aktiv werden und die Verwaltungsleitenden in ihre Fraktionen einladen.

Die SP-Fraktion empfiehlt aus den dargestellten Gründen ein klares NEIN zu den Anpassungen der Gemeindeordnung am 24. Januar 2021.

*Von Matthias Anderegg,
Kantonsrat, Fraktionspräsident
SP-Stadt Solothurn und Mitglied der
Gemeinderatskommission*

Reaktionen an info@spstadtso.ch
Mehr unter: www.spstadtso.ch